



Detailansicht des Registereintrags

Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e. V. (BWKG)

Stand vom 30.06.2025 18:36:41 bis 15.08.2025 12:29:50

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004116
Ersteintrag:	08.04.2022
Letzte Änderung:	30.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Birkenwaldstr. 151 70191 Stuttgart Deutschland Telefonnummer: +49711257770 E-Mail-Adressen: info@bwkg.de Webseiten: <u>www.bwkg.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

50.001 bis 60.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Heiner Scheffold**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Thomas Fuhrmann**
Funktion: 1. Stv. Vorstandsvorsitzender
3. **Thomas Brobeil**
Funktion: 2. Stv. Vorstandsvorsitzender
4. **Bernd Rühle**
Funktion: 3. Stv. Vorstandsvorsitzender
5. **Heiko Stegelitz**
Funktion: 4. Stv. Vorstandsvorsitzender
6. **Matthias Einwag**
Funktion: Hauptgeschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Heiner Scheffold**
2. **Matthias Einwag**

Gesamtzahl der Mitglieder:

474 Mitglieder am 04.06.2024, davon:

6 natürliche Personen

468 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.
2. Württembergische Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Gesundheitsversorgung; Pflege

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e. V. (BWKG) ist ein Zusammenschluss der Träger von Krankenhäusern, Pflege- und Eingliederungshilfeeinrichtungen sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Sie befasst sich mit Fragen des Gesundheitswesens soweit sie die gemeinsamen Belange der Mitglieder berühren und vertritt die Interessen der Mitglieder. Außerdem nimmt die BWKG die ihr durch Gesetz übertragenen Aufgaben wahr.

Zum Zwecke der Interessenvertretung erarbeitet die BWKG Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, verfasst Briefe und spricht politische Entscheidungsträgerinnen und -träger an .
Sie fördert den Gedankenaustausch mit Politikerinnen und Politikern sowie öffentlichen Stellen und führt Veranstaltungen zu gesundheits- und sozialpolitischen Fragen durch und wirkt in Gremien andere Verbände mit .

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. Stellungnahme Krankenhaustransparenzgesetz

Beschreibung:

Berücksichtigung der Interessen der Krankenhäuser im Regelungsvorhaben

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8408 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250218 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Gesetzesentwurf zur Krankenhausreform (KHVVG)

Beschreibung:

Sachgerechte Umsetzung der Krankenhausreform mit dem Ziel der Sicherstellung einer bundesweit adäquaten Krankenhausversorgung

Betroffenes geltendes Recht:

KHG [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2406250221 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2410010031 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2410010033 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2410010035 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2412200146 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. SG2412200147 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Freie Klinikwahl unter den zugelassenen Einrichtungen ohne Mehrkostentragung

Beschreibung:

Auch im GKV-Bereich müssen die Versicherten jede geeignete Reha-Klinik mit Versorgungsvertrag wählen können, ohne sich finanziell an den Reha-Kosten zu beteiligen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260280 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Direkteinleitung von Reha- und Vorsorgemaßnahmen**

Beschreibung:

Eine ärztlich verordnete bzw. vom Krankenhaus empfohlene medizinische Rehabilitationsleistung darf nicht mehr von den Krankenkassen abgelehnt werden, sondern sollte schnellstmöglich vom Arzt direkt eingeleitet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260281 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Aufhebung der Budgetierung der Teilhabeausgaben in der Rentenversicherung**

Beschreibung:

Die im SGB VI geregelte Begrenzung des Teilhabebudgets ist aufzuheben. Alternativ ist das Reha-Budget am voraussichtlichen Teilhabebedarf zu bemessen sowie die limitierende Demografie-Komponente zu streichen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260282 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten von Reha-Maßnahmen

Beschreibung:

An qualifizierten Reha-Maßnahmen für ältere Versicherte dürfen die Krankenkassen nicht sparen. Der noch im Arbeitsentwurf zur Reform der sozialen Pflegeversicherung enthaltene Vorschlag, die Pflegeversicherung an den Kosten von Reha-Maßnahmen für ältere Versicherte zu beteiligen, muss dringend wieder aufgegriffen und gesetzlich geregelt werden. Die Pflegeversicherung muss an den Kosten von Reha-Maßnahmen für ältere Versicherte beteiligt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260285 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Berücksichtigung von ganztätig ambulanten Reha-Kliniken

Beschreibung:

Die Erweiterung des § 107 Abs. 2 SGB V um ganztätig ambulante Reha-Kliniken ist unbedingt nachzuholen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260286 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Finanzierung von Personalkosten in Reha-Kliniken

Beschreibung:

§ 15 Abs. 3 SGB VI und § 38 Abs. 2 SGB IX müssen so angepasst werden, dass die Bezahlung von Gehältern bis zur Höhe tarifvertraglicher Vergütungen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden kann.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260288 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Reha-Kliniken als Ausbildungsträger zulassen

Beschreibung:

Es ist dringend notwendig, das im Koalitionsvertrag formulierte Vorhaben, die Reha-Kliniken an der Pflegeausbildung zu beteiligen, im Pflegeberufegesetz umzusetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260289 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. Übernahme von Digitalisierungskosten von Reha-Einrichtungen, die nicht über die Telematik-Zuschüsse abgedeckt sind

Beschreibung:

Es ist ein Digitalisierungs-Zuschlag erforderlich, der die notwendige finanzielle Grundlage für Rehabilitationseinrichtungen schafft, um das Ziel der erfolgreichen Digitalisierung zu erreichen. Für Investitionen in eine moderne und sichere IT und ihren Betrieb sind ausreichend Mittel notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260290 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Generalistische Pflegeassistentenausbildung

Beschreibung:

Die derzeit landesrechtlich geregelten Assistentenausbildungen sollen nun durch eine bundesrechtlich geregelte generalistische Pflegeassistentenausbildung abgelöst werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass die aus der Fachkraftausbildung bekannten Engpassproblematiken nicht auch in der Assistentenausbildung auftreten.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406260100 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2406260295 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG)

Beschreibung:

Anpassungsbedarf aus den praktischen Erfahrungen mit dem WBVG sowie der verschärften Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu §87a SGB XI.

Betroffenes geltendes Recht:

WBVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260101 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. Entwurf für eine Festlegung von Zielwerten für eine bundeseinheitliche, mindestens zu vereinbarende personelle Ausstattung nach § 113c Abs. 8 SGB XI

Beschreibung:

Die BWKG macht als Rahmenvertragspartei in Baden-Württemberg von der Möglichkeit Gebrauch, zu dem Entwurf für eine Festlegung von Zielwerten für eine bundeseinheitliche, mindestens zu vereinbarende personelle Ausstattung nach § 113c Abs. 8 SGB XI Stellung zu nehmen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260293 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

14. Pflegekompetenzgesetz (PKG)

Beschreibung:

Mit dem Pflegekompetenzgesetz wird die Übernahme von Tätigkeiten durch Pflegefachpersonen erweitert, was sich auf Organisation und Einsetzbarkeit der Mitarbeitenden in Pflege und Krankenhaus auswirkt. Es wird eine Änderung der vorgeschlagenen Begrifflichkeiten erbeten und es werden Vorschläge für einen größeren Wirkungsgrad gemacht. Ziel der Vorschläge zum Leistungsrecht im SGB XI ist eine Verbreiterung der Möglichkeiten für intersektorale Versorgungsmöglichkeiten und eine Beschleunigung der Verfahren der Selbstverwaltung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14988 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Pflegekompetenz (Pflegekompetenzgesetz - PKG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]; PflegeZG [alle RV hierzu]; PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410010047 (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

15. Sektorenübergreifende Versorgung in der Pflege

Beschreibung:

Im Leistungsrecht gilt bislang der Grundsatz "ambulant vor stationär". Die Pflege durch Angehörige wird künftig aber zurückgehen und Angebote der klassischen stationären Versorgung werden aufgrund von Personalmangel schwieriger zu realisieren sein. Es müssen Rahmenbedingungen für flexible Leistungsangebote geschaffen werden, in denen Elemente von informeller, ambulanter und stationärer Pflege kombiniert werden können, da nur mit einer Flexibilisierung der Sektorengrenzen die Pflege zukunftssicher gestaltet werden kann.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506300249** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. **Datenlieferung nach § 21 Abs. 1 KHEntgG**

Beschreibung:

Die BWKG spricht sich für eine Überarbeitung der bestehenden Datenlieferungspflicht nach §21 Abs 1. KHEntgG aus.

Betroffenes geltendes Recht:

KHEntgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506300251** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

17. **Finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen**

Beschreibung:

Die BWKG spricht sich dafür aus, dass es im Rahmen der geplanten Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung zu einer finanziellen Entlastung der Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen kommt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506300252** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

7.370.001 bis 7.380.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Endgültiges-Testat-JAP-2024.pdf